

Sportler sollen sich bekennen

Innenminister erwägt
Demokratiecheck

Von Steffen Hebestreit

Das Bundesinnenministerium erwägt, die künftige Förderung von Spitzensportlern an ein Bekenntnis zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu knüpfen. Ein Sprecher von Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) sagte am Dienstag, seit Dezember vergangenen Jahres werde im Haus diskutiert, ob die Richtlinien für die Sportförderung um eine solche Demokratie-Erklärung ergänzt werden.

Die FDP begrüßte die Überlegungen im Grundsatz, die Vergabe der Fördermittel stärker zu kontrollieren, sagte der FDP-Politiker Stefan Ruppert der FR. „Allerdings ist man mit den allgemei-

nen Förderrichtlinien und Aufklärungsprojekten bisher gut gefahren“, sagte Ruppert. Deshalb solle man an die Eigenverantwortung der Sportverbände appellieren.

Als unsinnig und fragwürdig kritisierten indes die Grünen-Abgeordneten Viola von Cramon und Monika Lazar die Überlegungen Friedrichs. „Wir brauchen keine zusätzliche bürokratische Gesinnungsprüfung auf vermeintlichen oder tatsächlichen Extremismus.“ Gefragt seien ein waches Auge der Vereine und Verbände auf den alltäglichen Rassismus und präventives Gegensteuern.

Der Linken-Politiker Jan Korte wertete in der FR den Vorstoß als den üblichen hilflosen Aktionis-

mus aus dem Hause Friedrich, „alles andere als olympiareif“. Mit einer Extremismusklausel werde eine Misstrauenskultur im Sport und nicht die Demokratie gestärkt, sagte Korte.

Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsident Erwin Sellering (SPD) erhob schwere Vorwürfe gegen das Bundesinnenministerium. Von dort habe er gehört, der Fall Drygalla sei so schlimm, dass man ihn sich in seiner Extremheit gar nicht habe vorstellen können. Diese Wertung sei völlig überzogen. Sellering hob hervor, dass die Athletin selbst kein rechtsextremes Gedankengut vertreten habe.